

Hauptausschuß  
53. Sitzung

22.09.1988  
hz-sz

Westfalens und anderer Länder gravierend abweiche. - Die Bericht-  
erstattung zum Umfeld des Falles Tietmeyer erscheint dem Abgeord-  
neten recht karg zu sein. In den letzten Monaten sei immer wieder  
auf die potentielle Gefährlichkeit der RAF hingewiesen worden.  
Deshalb sei zu klären, ob der Vorgang tatsächlich überraschend  
gekommen sei oder ob die Entwicklung sich bereits abgezeichnet  
habe.

Abg. Dr. Klose (CDU) möchte wissen, ob sich die Gefährlichkeit  
der FAP verstärkt habe. Im Ausland, etwa in Israel, bestehe der  
Eindruck, die Bundesrepublik sei wieder der Hort neuen Anti-  
semitismus und Neonazismus. - In der "Welt am Sonntag" sei von  
Hausbesetzern in Bielefeld die Rede, die dort die Nachbarschaft  
terrorisierten. Dr. Klose erkundigt sich, ob und - wenn ja - mit  
welchem Ergebnis dies überprüft worden sei.

Nach einer etwaigen Radikalisierung bei den Kurden fragt Abg.  
Kupski (SPD). In diesem Zusammenhang höre man zum Beispiel davon,  
daß Presseerklärungen erzwungen worden seien. Es wäre wichtig zu  
erfahren, wie sich dies in der Zukunft entwickeln werde.

Abg. Hellwig (SPD) bitte um Aufschluß, ob es möglich sei, sich  
eine Übersicht über rechtsextremistische Zeitschriften, Litera-  
tur, Schallplatten, Filmkassetten usw. und die - auch mengen-  
mäßige - Entwicklung auf diesem Gebiet zu verschaffen. - An die  
Staatskanzlei richtet der Abgeordnete die Frage, welche Auswir-  
kungen die Erörterungen anläßlich der Sitzung des Ausschusses in  
der Landeszentrale für politische Bildung im Haushalt 1989 gehabt  
hätten; er selbst vermöge keine finanziellen Konsequenzen der  
Debatte zu erkennen. Die Staatskanzlei solle sich dazu äußern,  
welche Folgerungen sie aus der Entwicklung des Rechtsradikalismus  
ziehe, zu deren zumindest präventiver Bekämpfung die Landes-  
zentrale mit angetreten sei.

In den Verfassungsschutzberichten des Landes und auch des Bundes  
sei bezüglich der Tamilen bisher von unterschiedlich vorgehenden  
Gruppen die Rede gewesen, bemerkt Abg. Hemker (SPD); jetzt sei  
das nicht mehr Fall. Der Abgeordnete möchte wissen, ob es hier  
eine Einigungsbewegung gegeben habe oder welche Erkenntnisse dazu  
vorlägen. Vor Ort gebe es zwischen den Tamilen jedenfalls immer  
wieder Auseinandersetzungen nicht nur im privaten Bereich. - Im  
Bericht werde der "Befreiungskampf" der Kurden erwähnt. Es frage  
sich, ob von Gegnern der Kurden Erkenntnisse gesammelt würden, um  
sie gegen diese zu verwenden; dafür bestünden jedenfalls An-  
zeichen.